

**Absender
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0655/2010

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
SPD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2010**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 zur Realisierung des
Autobahnanschlusses an die A 4 über die Bahndammtrasse**

Inhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 29.11.2010, der Rat möge u.a. seine bisherigen Beschlüsse zur verkehrlichen Anbindung über die Bahndammtrasse unmittelbar an die A 4 bekräftigen, um dem Land zu signalisieren, dass die Realisierung des Autobahnanschlusses auch für den neu gewählten Rat oberste Priorität besitzt.

Der Antrag ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Die SPD-Fraktion hatte mit Schreiben vom 30.09.2009 einen nahezu gleich lautenden Antrag zur Sitzung des Rates am 27.10.2009 gestellt (Vorlage Nr. 0442/2009). Der Rat hatte den Antrag – den Vorgaben der Zuständigkeitsordnung und der Geschäftsordnung folgend – in seiner Sitzung am 27.10.2009 nach kontroverser Diskussion an den zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen. Der Antrag wurde dann in Form der Vorlage Nr. 0545/2009 beschlussgemäß in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 03.12.2009 beraten. Der Ausschuss folgte in dieser Sitzung einem Vertagungsantrag zweier Ausschussmitglieder der CDU. In der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses am 23.02.2010 wurden die Ausschussmitglieder durch die Mitteilungsvorlage Nr. 0077/2010 unter Bezugnahme auf den Antrag der SPD-Fraktion über den Sachstand zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse informiert. In dieser Mitteilungsvorlage wurde zudem auf die Absicht des Bürgermeisters hingewiesen, den Landesbetrieb um Vorstellung des Verkehrsgutachtens im öffentlichen Teil einer Sitzung des Ausschusses zu bitten, um auch eine Information der interessierten Öffentlichkeit zu ermöglichen. In der Sitzung des Ausschusses am 22.06.2010 stellte der Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW) das im Rahmen des Linienbestimmungsverfahrens erarbeitete Verkehrsgutachten zur L 286 vor (Vorlage Nr. 0309/2010).

Sofern eine Beratung des nunmehr vorliegenden inhaltsgleichen Antrages der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 gewünscht ist, wird wiederum das folgende Verfahren vorgeschlagen:

Gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Die Entscheidungskompetenz in Angelegenheiten der strategischen Verkehrsentwicklungsplanung fällt gemäß § 6 Absatz 6 Ziffer 3. Zuständigkeitsordnung in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann.

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeiten eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen (§ 12 Absatz 1 Geschäftsordnung).

Entsprechend dieser Regelung schlage ich vor, den Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 ohne Aussprache an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zu überweisen.